



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5284.02

JSD/P105284
Basel, 12. Januar 2011

Regierungsratsbeschluss
vom 11. Januar 2011

Schriftliche Anfrage Tanja Soland betreffend Ausnützung von bettelnden Kindern

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Tanja Soland dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

"Leider sieht man bei uns in der Stadt auch immer wieder bettelnde Kinder. Dahinter stehen anscheinend immer wieder organisierte Banden, welche die Kinder ausnützen. Dieser Art von Menschenhandel sollte ein Riegel geschoben werden, ohne dass wiederum die Kinder die Leidtragenden sind.

Zum Schutz dieser Kinder arbeitet die Stadt Bern mit den Behörden in Wien zusammen. Wien wiederum arbeitet eng mit den Herkunftsändern zusammen, insbesondere Bulgarien und Rumänien. In Wien wurde ein Krisenzentrum eingerichtet, welches hilft die Kinder in ihr Herkunftsland zurückzuführen, indem provisorische Papiere ausgestellt werden. Im Herkunftsland werden die Kinder von Sozialarbeitern in Empfang genommen und in Partnerinstitutionen untergebracht. Diese Institutionen wurden mit Hilfe der österreichischen Behörden aufgebaut und erfüllen westliche Standards. Dort sollen die Kinder auf ein Leben abseits der Strasse vorbereitet und wieder sozial integriert werden.

Unverständlichlicherweise sind die Behörden im Kanton Basel-Stadt nicht der Ansicht, dass sich diese Modell hier auch bewähren könnte, daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso stellt sich dieses Problem bei uns nicht, gemäss Aussagen der Basler Behörden gegenüber der BaZ?
2. Hat sich die Regierung mit dem neuen Konzept von Bern und Zürich betreffend die bettelnden Kinder näher auseinandergesetzt?
3. Hat die Regierung sich diesbezüglich einmal mit den Berner Behörden ausgetauscht?
4. Teilt die Regierung nicht die Ansicht, dass dieses Konzept zum Wohle der Kinder ist und eine nachhaltige Wirkung hat?
5. Auch wenn sich die Lage entschärft hat, kann dieses Modell auch nur für einzelne Kinder sinnvoll sein und somit verhindern, dass diese ausgenützt werden. Ist die Regierung nicht der Ansicht, dass sich ein Einsatz für jedes einzelne Kind lohnen würde?
6. Ist die Regierung bereit, sich näher mit dem Berner Modell auseinanderzusetzen und dieses für bettelnde Kinder in Basel-Stadt auch anzuwenden?

Tanja Soland"

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1

Bettelei ist auch in unserem Kanton, namentlich in der Stadt Basel, zu verzeichnen. Allerdings handelt es sich bei den bettelnden Personen in aller Regel um Erwachsene. In Einzelfällen nehmen sie ihre Kinder mit. Diese Kinder befinden sich dann in der Obhut der Mutter oder des Vaters. Alleine auftretende bettelnde Kinder sind in Basel jedoch kaum bekannt.

Demgegenüber müssen gelegentlich Kinder von Fahrenden angehalten werden, die in die Schweiz geschickt werden um Einbrüche und Diebstähle zu begehen. Ein weiteres zu verzeichnendes Delikt ist der Spendenbetrug. Im Jahr 2010 musste die Kantonspolizei 19 Täter festnehmen. Drei davon waren 16 und 17 jährige Jugendliche.

Die Kantonspolizei kontrolliert die bettelnden Personen regelmässig. Fehlbare Personen werden gemäss §28 Übertretungsstrafgesetz in Verbindung mit Ziffer 916.1 des Anhangs der Baselstädtischen Ordnungsbussenverordnung gebüsst. Ausländische Bettler, die mehrfach auftreten werden sodann an das Migrationsamt rapportiert. Werden Kinder und Jugendliche beim Stehlen oder beim Betrügen erwischt, wird die Jugandanwaltschaft eingeschaltet.

Es ist davon auszugehen, dass das konsequente Vorgehen der Basler Behörden mitursächlich dafür ist, dass Basel im Vergleich zu anderen Schweizer Städten eine relativ geringe Zahl an Bettelnden aufweist und nicht mit der Problematik von bettelnden Kindern konfrontiert ist.

Zu Frage 2

Ende Juni 2010 fand auf Einladung des Schweizerischen Städteverbandes ein Arbeitstreffen zum Thema „Minderjährige Strassenmusikanten in Europa“ statt. An dieser Tagung waren mit der Kantonspolizei und dem Kriminalkommissariat der Staatsanwaltschaft auch Behörden des Kantons Basel-Stadt vertreten.

Anlässlich der Tagung erläuterte das Bundesamt für Polizei (fedpol) zunächst die Problematik der Kinderbettelei mit dem möglichen dahinterstehenden Menschenhandel. Weiter stellte es das in der vorliegenden Schriftlichen Anfrage angesprochene Krisenzentrum „Drehscheibe“ vor, welches in Wien errichtet wurde. Ein Vertreter der Stadt Bern präsentierte das Programm „Aktion gegen die organisierte Bettelei“ (AGORA). Teil dieses Programms ist die Vereinbarung wonach aufgegriffene bettelnde Kinder versuchsweise zur Betreuung in die „Drehscheibe“ nach Wien verbracht werden können. Im Übrigen fügte die Vertretung der Stadt Bern aber an, auch in der Stadt Bern würden sich derzeit keine bettelnden Kinder mehr aufhalten.

Schliesslich wurde anlässlich des Arbeitstreffens beschlossen eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese wird zu prüfen haben, ob und inwiefern sich ein Projekt wie die „Drehscheibe“ auch in der Schweiz realisieren liesse. Die Arbeitsgruppe tagt im Januar 2011 zum ersten Mal. Der Kanton Basel-Stadt nimmt an der Arbeitsgruppe nicht teil, da er – wie erwähnt – bislang nicht von der Kinderbettelei betroffen ist.

Zu Frage 3

Vertreter der Kantons Basel-Stadt haben sich im Rahmen des unter Frage 2 erwähnten Arbeitstreffens mit den Berner Behörden ausgetauscht.

Zu Frage 4

Ein Projekt wie die „Drehscheibe“ kann dem Wohl von Kindern zweifellos dienen. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass sich die Arbeiten für die Lancierung eines ähnlichen Projekts in der Schweiz erst im Anfangsstadium befinden. Für Aussagen über eine mögliche nachhaltige Wirkung ist es deshalb zu früh.

Zu Frage 5

Die Kantonspolizei und die Staatsanwaltschaft sind sich bewusst, dass bettelnde Kinder Opfer und damit schutzbedürftig sind. Bei festgestellter Kinderbettelei würde sich der strafrechtliche Verfolgungsfokus denn auch nicht auf die zu diesem Zweck instrumentalisierten Kinder sondern auf die Hinterleute richten. Gegebenenfalls wäre auf die Dienstleistungen des sich in Entstehung befindlichen genannten Projekts zurückzugreifen.

Zu Frage 6

Wie bereits erwähnt haben Vertreter des Kantons Basel-Stadt das Berner Modell (AGORA) kennen gelernt. Sollte in der Schweiz ein Projekt wie die „Drehscheibe“ in Wien realisiert werden, und sollte der Kanton Basel-Stadt mit Kinderbettelei konfrontiert werden, wird eine Projektteilnahme sicherlich zu prüfen sein.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin